

Medienmitteilung Bündnis „Wo Unrecht zu Recht wird“ 03.05.2018

zu den Äusserungen der kantonalen Sicherheitsdirektion

Die heutige Medienmitteilung von Regierungsrat Mario Fehr steht ganz im Zeichen des SP-internen kantonalen Wahlkampfes. So lautet die Devise «Fishing for Compliments» – Mario Fehr zeigt Herz, obwohl er gleichzeitig seine unmenschliche, repressive Politik gegenüber abgewiesenen Asylsuchenden in aller Ruhe weiterführt: Massenverhaftungen in den Nothilfe-Lagern, Unterbringung im unterirdischen Bunker, gezielte Verfolgung von eingegrenzten Personen, Ablehnung von eklatanten Härtefällen, gewaltsame Ausschaffungen von Familien mittels Sonderflügen.

Das Spiel mit den Härtefällen – weiterhin willkürliche Entscheide durch Regierungsrat Fehr

Bereits im Herbst 2017 hatte Mario Fehr unter dem Druck der zivilgesellschaftlichen Bewegung rund um das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird...» einen strategischen Argumentationswechsel im Umgang mit abgewiesenen Asylsuchenden eingeleitet. Entscheidendes Instrument hierbei: die sogenannten Härtefälle. Die Regularisierung von 48 Personen ist somit vor allem ein Erfolg des öffentlichen Drucks von Aussen. Pünktlich zum SP-internen Wahlkampf will Regierungsrat Fehr nun die Lorbeeren seines Manövers ernten.

Härtefallpraxis weiterhin restriktiv und willkürlich

Gleichzeitig bleibt die Härtefallpraxis bei Personen, die nicht in Fehrs strategisches Spiel passen, weiterhin ablehnend und willkürlich. Dabei werden Fälle, die den Kriterienkatalog deutlich erfüllen, aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgewiesen. Im Fall einer nigerianischen Familie, in der das Kindeswohl auf eklatante Weise bedroht ist, hat Mario Fehr den Entscheid der Härtefall-Kommission im Alleingang gekippt und somit die Zwangsausschaffung angeordnet. Verhältnismässigkeit sieht anders aus. Siehe dazu auch:

<https://www.woz.ch/1818/mario-fehr/wie-lange-noch-haelt-die-sp-am-hardliner-fest>

<https://www.beobachter.ch/gesellschaft/behorden-das-kindswohl-ist-wohl-egal>

Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird ...» will Druck aus der Zivilgesellschaft aufrechterhalten

Das Bündnis «Wo Unrecht zu Recht wird ...» hat sich Anfang 2017 als Reaktion auf die zunehmende Repression gegenüber abgewiesenen Asylsuchenden im Kanton Zürich gebildet. Im Bündnis Engagierte besuchen regelmässig Menschen in den lagerartigen Notunterkünften des Kantons und sorgen mit einer mobilen Rechtsberatung dafür, dass die betroffenen Personen Zugang zu rechtlicher Unterstützung bekommen. Gleichzeitig will das Bündnis Verletzungen von Grundrechten weiterhin dokumentieren und öffentlich machen.